



# Interviews

**Datum: 7. Oktober 2022**

## **Alexander Graf Lambsdorff, FDP-Fraktions-Vize im Bundestag, im Gespräch mit Jasper Barenberg**

**Sandra Schulz:** Am Telefon ist Alexander Graf Lambsdorff, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, vorher langjähriger Europaparlamentarier. Schönen guten Morgen!

**Alexander Graf Lambsdorff:** Guten Morgen, Frau Schulz!

**Schulz:** Vielleicht als Erstes tatsächlich noch mal der Blick zurück: Dieses erste Treffen, das es jetzt war, der europäischen politischen Gemeinschaft, was hat das gebracht?

**Graf Lambsdorff:** Das ist erst mal ein Triumph für Emmanuel Macron, man kann das gar nicht anders sagen, das war seine Idee, seine Vision, so eine Art Vereinte Nationen von Europa zu gründen, um rauszukommen aus den Formaten, in denen relativ strenge Regeln gelten, eine Dialogplattform zu schaffen für alle. Und der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat das Ganze noch mal dringender gemacht – und es ist gelungen, dieses Format jetzt tatsächlich in die Tat umzusetzen. Das zeigt einfach, dass das strategische Denken, das Macron schon seit 2017 in seiner Sorbonne-Rede begonnen hat, jetzt auch wirklich sich materialisiert. Und insofern hat das eine Menge gebracht, viele Dialoge sowohl im großen Format als auch in zahlreichen kleinen Treffen. Und alle Dialoge auf Augenhöhe, weil es hier keine Beitrittskandidaten oder aufnehmende Organisationen gibt, es gibt keine Gerichtshöfe und keine Regeln, sondern es ist einfach eine Gesprächsplattform – ganz ähnlich wie die Vereinten Nationen.

**Schulz:** Nennen Sie einen konkreten Erfolg!

**Graf Lambsdorff:** Das Treffen von Alijew und Paschinjan beispielsweise, also des aserbaidschanischen Präsidenten und des armenischen Premierministers, die Länder sind gerade in einem Krieg um die Region Nachitschewan. Alleine, dass die miteinander gesprochen haben, ist ein Erfolg. Der zweite Erfolg, der ebenfalls ganz konkret ist, ist, dass die britische Premierministerin nach langer Abwesenheit Großbritanniens von kontinentalen Fragestellungen angereist ist. Und ein weiterer Erfolg ist, dass es gelungen ist, mit der Türkei und Finnland und Schweden die Gespräche fortzusetzen über den Nato-Beitritt von Schweden und

Finnland. Da gibt es sehr unterschiedliche Ansichten zu den jeweiligen Entwicklungen. Aber all das sind Dinge, die hier vorangetrieben werden, die in diesem Format auf Augenhöhe eben auch vorangetrieben werden können.

**Schulz:** Ja, wobei dieses vorangetrieben werden ja auch relativ ist, wenn man sich anschaut, wofür der türkische Präsident Erdogan die Bühne gestern genutzt hat. Er hat die Gelegenheit genutzt, um noch mal Drohungen in Richtung Griechenland auszustoßen. Und er hat auch noch mal erinnert, dass das türkische ‚Ja‘ zu einem schwedischen Nato-Beitritt nach wie vor kein Selbstläufer ist. Wo sehen Sie da den Fortschritt?

**Graf Lambsdorff:** Ich sehe den Fortschritt darin, dass es diese Gespräche gegeben hat. Ich glaube, man darf eines jetzt hier nicht annehmen, dass in einem Eröffnungstreffen gleich sozusagen Abschlüsse, Unterschriften, Verträge ausgehandelt werden. Das ist nicht das Ziel gewesen, sondern das war eine Auftaktveranstaltung, es ist ein Format, mit dem es gelungen ist, eben viele Gespräche zu führen zwischen auch Regierungschefs, die einander mit großer Kritik begegnen. Ich bedauere auch die türkisch-griechischen Spannungen, die sind nach wie vor mit Händen zu greifen, aber auf der anderen Seite, wenn man – ich bin gerade in Istanbul – hier mit den Leuten redet, in beiden Ländern sind Wahlen, beide Regierungschefs beziehungsweise Präsidenten profitieren auch von den derzeitigen Spannungen, weil sie jeweils national das Ganze ausnutzen können. Also, wenn man ein bisschen genauer hinschaut, glaube ich, dieses Treffen darf man nicht überhöhen, aber man soll auch die Tatsache, dass die Gespräche dort so stattfinden, wie sie stattfinden, nicht daran messen, dass es keine Abschlusskommuniqués gab – das ist nämlich genau der Punkt bei diesem Format im Moment.

**Schulz:** Ja. Wenn wir jetzt vorausschauen auf den EU-Gipfel der 27, das informelle Treffen, das für heute geplant ist, da ist ein Thema ja schon gesetzt, das auch gestern auch schon eine große Rolle gespielt hat, das auch eine große Rolle schon gespielt hat bei dem Finanzministertreffen Anfang der Woche, bei dem sich Christian Lindner ja schon anhören musste, ihr bringt hier mit eurem Doppel-Wumms eine ganz schöne Schiefelage nach Europa. Nach all diesen Ankündigungen von Olaf Scholz, es gibt keine Alleingänge, warum denn jetzt dieser Alleingang?

**Graf Lambsdorff:** Na ja, Sie wissen, wie die innenpolitische Situation in Deutschland ist, dass viele Menschen wirklich erhebliche Sorgen haben, ob sie mit den Stromkosten, den Gaspreisen zurechtkommen, das gilt nicht nur für Haushalte, also für Privatpersonen, das gilt auch für Unternehmen. Die Bundesregierung hat hier ein Paket verabschiedet, das genau dafür sorgen soll, dass es eben zu diesen Problemen möglichst nicht in dem Ausmaß

kommt, wie es der Fall wäre, wenn es ein solches Paket nicht gäbe. Und natürlich, das ist richtig, haben die anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union angesichts des Volumens Fragen - einfach weil 200 Milliarden Euro für viele andere Länder eine wirklich riesige Summe ist, auch für uns ist das ja ein erheblicher Betrag. Aber das ist das, was Krisjanis Kairins gesagt hat, die deutsche Wirtschaft ist nun mal sehr groß, wir haben fast 4.000 Milliarden Euro Bruttoinlandsprodukt, da sind diese 200 Milliarden einfach eine Summe, die relativ angemessen ist.

**Schulz:** Wobei völlig klar ist, welche Debatte sich dann anschließt, die ist jetzt auch schon angestoßen worden von den EU-Kommissaren Gentiloni und Breton, die in einem Gastbeitrag für europäische Zeitungen vorschlagen, lasst uns doch mal über EU-Schulden sprechen, um ärmere Mitgliedsstaaten zu finanzieren, das wäre ja eigentlich der logische nächste Schritt.

**Graf Lambsdorff:** Das ist allerdings, ich habe den Beitrag auch gelesen, in Deutschland ist er ja in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ erschienen, wie ich fand, ein wenig origineller Beitrag zur Debatte. Wir haben einen Krieg in Osteuropa, wir haben eine absehbare Energiekrise. Dass man jetzt wieder mit der alten Idee von den Eurobonds um die Ecke kommt aus Frankreich und Italien, finde ich wenig hilfreich. Ich glaube, die Bewältigung der Energiekrise erfordert andere Antworten als die Vergemeinschaftung von Schulden - für die es in der Europäischen Union ohnehin auch keine Mehrheit gibt. Insofern glaube ich, ist dieser Beitrag eigentlich einer, den sie beide sich auch hätten sparen können, sinnvoller wäre wirklich gewesen, man geht in die Richtung dessen, was Frau von der Leyen beispielsweise entwickelt hat: den gemeinsamen Gaseinkauf, eine Struktur des Energiemarktes, bei der Europa dann dafür sorgt, dass die Versorgung gesichert ist über den Winter, weil die Speicher werden einmal befüllt, aber dann müssen sie auch ausgespeichert werden, dann müssen sie neu befüllt werden. Das sind die Herausforderungen, vor denen wir jetzt im Moment stehen, nicht die Vergemeinschaftung von Schulden.

**Schulz:** Aber das ist doch die nächste Solidaritätsfrage, das, was Sie gerade schildern, einen großen Batzen Geldes in die Hand zu nehmen und sich quasi aus der Krise freizukaufen, zu schaufeln mit einer kaum vorstellbaren Menge an Geld. Genau das ist doch jetzt die Strategie der deutschen Bundesregierung, das ist doch absolut nachvollziehbar, dass die europäischen Partner, die wirtschaftlich vielleicht weniger gut dastehen als die Bundesrepublik, dass die da auch nach Solidarität fragen.

**Graf Lambsdorff:** Ich verweise auf das, was der Bundeskanzler an der Stelle gesagt hat, denn er hat ja recht. Gerade wenn Thierry Breton das moniert, er war Wirtschaftsminister in

Frankreich und weiß sehr genau, dass in Frankreich der Industriestrom stark subventioniert wird, also wir haben nationale Maßnahmen auch in nationaler haushaltspolitischer Souveränität auch in der Europäischen Union. Worauf er als Binnenmarktkommissar zu achten hat, ist, dass es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen kommt, das ist richtig. Wenn die Bundesregierung hinginge und unsere Wirtschaft auf eine Art und Weise subventionieren würde, dass ihr das einen unfairen Vorteil im Binnenmarkt verschaffen würde, dann hätte Breton tatsächlich einen Grund, das zu monieren, aber so weit sind wir ja noch gar nicht, die Kriterien werden ja gerade erst ausgearbeitet.

**Schulz:** Ja, das würden Sie aber ausschließen, genau das ist ja die Sorge, wenn von diesen 200 Milliarden, wenn da auch in die Stützung von Unternehmen etwas fließt, ist dann nicht die europäische Diskriminierung programmiert?

**Graf Lambsdorff:** Unter normalen Umständen würde ich Ihnen recht geben, dass solche Subventionsprogramme schwierig sind, aber von normalen Umständen sind wir doch Lichtjahre entfernt. Wir haben explodierende Stromkosten, wenn Sie mal an den Handel denken mit den Zahlungssystemen, den Kühlsystemen, wenn Sie an das produzierende Gewerbe denken mit dem Energiebedarf, dem Hitzebedarf. Da explodieren die Kosten derartig, dass wir zahlreiche Unternehmen – und zwar vom kleinen über den mittelständischen bis zum großen Betrieb – haben, die nicht wissen, wie sie ihre Kostenstruktur jetzt über den Winter wahren sollen.

**Schulz:** Ja, das Problem haben die Unternehmen in den anderen europäischen Ländern ja auch, die haben ja teilweise noch höhere Teuerungsraten.

**Graf Lambsdorff:** Ja, aber es wird auch in anderen Mitgliedsstaaten solche Hilfsprogramme geben, es gibt es sie teilweise schon, ich habe ja auf die französischen Industriesubventionen verwiesen, das ist jetzt nicht so ungewöhnlich. Ich sage es noch mal: Wenn es zu Verzerrungen im Binnenmarkt kommt, dann hat die Kommission auch wirklich die Verantwortung, da die deutsche Bundesregierung zu ermahnen, ich sehe das aber noch nicht, weil die Regeln noch nicht klar sind. Und in den letzten Monaten war die beihilferechtliche Bewertung von nationalen Hilfsmaßnahmen durch die Kommission weit überwiegend großzügig, insofern warten wir jetzt erst mal ab, wie die Kriterien im Einzelnen aussehen. Marktverzerrungen wollen wir nicht, das sage ich auch als Liberaler ganz deutlich, wir wollen einen fairen Wettbewerb im Binnenmarkt, aber das, was Gentiloni und Breton aufgeschrieben haben in ihrem Artikel, das geht eher in die Richtung eines finanzwirtschaftlichen Instruments, das wir in Deutschland nicht wollen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*